

Antrag

der Föderalistischen Union (BP-Z)

betr. Maßnahmen zur Stützung der Beherbergungs-, Gaststätten- und Kurbetriebe.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, ohne Aufschub

I. bei HICOM darauf hinzuwirken, daß

1. zur Erhaltung der Vermögenswerte des deutschen Beherbergungs- und Gaststättengewerbes,
2. zur Ermöglichung der Bildung von Rücklagen für den späteren Wiederaufbau der Beherbergungs- und Kurbetriebe,
3. zur Belebung und Förderung des Fremdenverkehrs, vor allem auch des unmittelbar bedrohten und gefährdeten devisenbringenden internationalen Fremdenverkehrs in Deutschland,
4. zur Eindämmung der tiefen Mißstimmung, die sich in den von den langdauernden Beschlagnahmen unmittelbar und mittelbar betroffenen Kreisen ausbreitet,
 - a) der bereits 6 $\frac{1}{2}$ Jahre andauernde unerträgliche Zustand der Beschlagnahme und Inanspruchnahme gerade der besten Unternehmen des Beherbergungsgewerbes, die für die Entwicklung des Ausländerverkehrs von größter Bedeutung sind, durch die beschleunigte Aufhebung der Beschlagnahmen und Inanspruchnahmen weitgehend beseitigt und eine Freigabe vor allem der Betriebe verfügt wird, die überhaupt nicht oder nur in einem geringfügigen Maße benützt werden,
 - b) gemischte Betriebe zugelassen und eingerichtet werden, in denen neben den Angehörigen der Besatzungsmächte auch deutsche Gäste beherbergt oder bewirtet werden;

II. in eine Prüfung einzutreten, wie die durch die langjährigen Beschlagnahmen jeglicher Investitionsmittel und Investitionsmöglichkeit beraubten Eigentümer durch die Bereitstellung von Krediten in den Stand gesetzt werden können, ihre Beherbergungs- und Kurbetriebe in einer den neuzeitlichen Anforderungen des Fremdenverkehrs genügenden Weise wieder aufzubauen.

Bonn, den 14. Februar 1952

Dr. Etzel (Bamberg)

Dr. Reismann

Dr. Besold

Dr. Decker Pannenbecker
und Fraktion